

EINLADUNG

Am Donnerstag, den 23.03.2017, um 18:00 Uhr, findet im Kolpinghaus, Am Rinnentor 46, die 8. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt, zu der ich hiermit einlade.

Mit freundlichen Grüßen
Christine Deppert
Stadtverordnetenvorsteherin

F.d.R.d.A.:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung:

I.

Mitteilungen und Berichte

Punkt 1.a)	Mitteilungen und Berichte der Stadtverordnetenvorsteherin und der Ausschussvorsitzenden
-----------------------	--

Punkt 1.b)	Abgabe von persönlichen Erklärungen der Stadtverordneten oder Magistratsmitglieder
-----------------------	---

Punkt 1.c)	Mitteilungen und Berichte des Magistrats gemäß § 50 Abs. 3 HGO
-----------------------	---

II.

Beschlussfassung ohne Aussprache

Punkt 2)	Beteiligung am Bundesmodellprogramm "Starke Netzwerke Elternbegleitung für geflüchtete Familien"
-----------------	---

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bensheim beschließt sich am Bundesmodellprogramm „Starke Netzwerke Elternbegleitung für geflüchtete

Familien“ als Netzwerkpartner des Familienzentrums und der Karl Kübel Stiftung zu beteiligen.

Punkt 3) Antrag der Bensheimer Karneval-Gesellschaft e.V. auf Gewährung eines städtischen Zuschusses

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, dem Antrag der Bensheimer Karneval Gesellschaft e.V. auf Gewährung eines städtischen Zuschusses zu den Kosten für die Sanierung des Vereinsheims einschließlich des Außengeländes zuzustimmen.

Der städtische Zuschuss wird auf 3.900 Euro festgesetzt.

Die Finanzierung erfolgt über das Produkt 2.35.02.01 „Vereinsförderung“.

Punkt 4) 6. Änderung des Bebauungsplanes BW 4 "West IV"

hier:

- **Aufstellungsbeschluss**
 - **Beschluss des Entwurfes**
 - **Beschluss zur Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung**
-

Beschlussvorschlag:

Die Aufstellung der 6. Änderung des Bebauungsplanes BW 4 „West IV“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB wird hiermit beschlossen.

Der Entwurf der 6. Änderung des Bebauungsplanes BW 4 „West IV“ wird hiermit in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB wird hiermit beschlossen.

Punkt 5) Bebauungsplan BW 6 "Berliner Ring" - 3. Änderung

hier:

- **Aufstellungsbeschluss**
 - **Beschluss des Entwurfes**
 - **Beschluss der Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung**
-

Beschlussvorschlag:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes BW 6 „Berliner Ring“ – 3. Änderung im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB wird hiermit beschlossen.

Der Entwurf des Bebauungsplanes BW 6 „Berliner Ring“ – 3. Änderung wird hiermit in der vorliegenden Form beschlossen.

Die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB wird hiermit beschlossen.

Punkt 6) Bebauungsplan BH 10 "Im Mühlal" 2. Teilbereich

a) Beschluss der Abwägung

b) Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung

c) Beschluss der bauordnungsrechtlichen Festsetzungen als Satzung

d) Beschluss der Festsetzung nach Hessischem Wassergesetz als Satzung

Beschlussvorschlag:

Die Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Behörden nach gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wird in der vorliegenden Form (Anlage 1) beschlossen.

Der Bebauungsplan BH 10 „Im Mühlal“ 2. Teilbereich wird in der vorgelegten Form (siehe Anlage 2) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Der Beschluss ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB öffentlich bekanntzumachen.

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen gem. § 81 HBO i. V. m. § 9 (4) BauGB werden in der vorgelegten Form (siehe Anlage 2) als Satzung beschlossen. Der Satzungsbeschluss ist öffentlich bekannt zu machen.

Die wasserrechtlichen Festsetzungen nach § 37 Abs. 4 HWG i. V. m. § 9 (4) BauGB werden in der vorgelegten Form (siehe Anlage 2) als Satzung beschlossen. Der Satzungsbeschluss ist öffentlich bekannt zu machen.

Punkt 7) Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan BH 10 "Im Mühlal" in Bensheim-Hochstädten, Teilbereich II

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat beschließt, dass der beiliegende städtebauliche Vertrag zum Bebauungsplan BH 10 „Im Mühlal“ in Bensheim-Hochstädten, Teilbereich II in dieser Form abgeschlossen werden darf.

- Punkt 8) Bebauungsplan BSch 4B „Aufs Löchel stoßend“ 2. Tb.**
a) **Beschluss der Abwägung**
b) **Satzungsbeschluss**
-

Beschlussvorschlag:

Die Abwägung wird in der vorgelegten Fassung (siehe Anlage 1) beschlossen. Die 1. Änderung des Bebauungsplans BSch 4B "Aufs Löchel stoßend" 2. Tb. wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorliegenden Fassung (siehe Anlage 2) als Satzung beschlossen. Der Beschluss ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB öffentlich bekanntzumachen.

III.

Beschlussfassung mit Aussprache

- Punkt 9) Betriebskommission Eigenbetrieb Stadtkultur Bensheim**
Hier: Wahl der Mitglieder des Personalrates
-

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt gemäß § 6 Eigenbetriebsgesetz (EigBGes) i.V.m. § 7 Abs. 2 c) der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Stadtkultur Bensheim folgende zwei Vertreter und zugehörige Stellvertreter des Personalrates der Stadt Bensheim für die Dauer der Wahlzeit des Personalrates nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl in die Betriebskommission des Eigenbetriebes Stadtkultur Bensheim:

- a) Elke Ritter
b) Dirk Walther

Vertretung:

- a) Susanne Ergler
b) Steffen Hofmann

- Punkt 10.a) Antrag des Vertreters der FWG bezüglich "Projektvorlage städtische Immobilie Haus am Markt"**
-

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat wird beauftragt, die Planungen für den Abriss und Neubau des Hauses am Markt einzustellen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, Planungen für die Weiternutzung des bestehenden Hauses am Markt durch die Musikschule, das Familienzentrum und weitere städtische Einrichtungen vorzunehmen und den erforderlichen minimal notwendigen Investitionsaufwand zu ermitteln.

Punkt 10.b) Projektvorlage städtische Immobilie Haus am Markt; hier: Rückbau und Entwicklung des Areals

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, nachdem eine Ansiedlung von H&M in einem Neubau an der Stelle des Hauses am Markt aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist, die bisherigen Planungen nicht weiter zu verfolgen.

Der Magistrat wird beauftragt mit der MEGB alternative Planungsüberlegungen für einen Ersatz des Hauses am Markt und seine Nutzung anzustellen. Planungsziele und Inhalt eines an die veränderten Rahmenbedingungen angepassten Raum- und Funktionsprogramms sollen dabei sein:

Die Nutzung der dem Marktplatz zugewandten Erdgeschossfläche durch eine gastronomische Nutzung, die auch die Bewirtschaftung des oberen Marktplatzbereichs übernehmen soll.

Die Nutzung der darüber liegenden Geschosse durch das Familienzentrum und ggf. weitere städtische Einrichtungen, einschließlich des Potentials zur Herrichtung eines Mehrzwecksaals sind in diesem Kontext zu prüfen.

Die Beibehaltung einer öffentlichen WC-Anlage im zukünftigen Gebäudebestand und die Vorhaltung von Räumlichkeiten für Festleitung, Rettungskräfte und Feuerwehr für Veranstaltungen und Feste auf dem Marktplatz

Auf Basis der formulierten Planungsziele sind durch die MEGB gemeinsam mit der Stadt alle erforderlichen Verhandlungen und Gespräche zu führen sowie eine entsprechende Vorplanung zu erarbeiten, die Wirtschaftlichkeit des Projektes zu überprüfen.

Die Prüfergebnisse sind der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Eine mögliche Realisierung soll über die MEGB erfolgen.

Punkt 11) Antrag der Fraktionen von CDU, GLB und BfB bezüglich "Wiederwahl des weiteren hauptamtlichen Stadtrates Adil Oyan"

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt nach § 39a HGO die Durchführung einer Wiederwahl von Adil Oyan zum hauptamtlichen Stadtrat der Stadt Bensheim vorzunehmen.

Die Wahl von Adil Oyan soll in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. Juni 2017 erfolgen.

Punkt 12) Antrag der Fraktionen von CDU, GLB und BfB bezüglich "Naturschutzgerechte Bewirtschaftung des kommunalen Stadtwaldes Bensheim"

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat unterstützt die naturschutzgerechte Bewirtschaftung des kommunalen Stadtwaldes Bensheim und prüft eine Zertifizierung nach den Richtlinien des Forest Stewardship Council (FSC).

Der Magistrat setzt in Zusammenarbeit mit dem Forstamt Lampertheim einen Informationsprozess in Gang, um zu klären, welche Schritte erforderlich sind, welche Kosten entstehen und welcher Nutzen – quantifizierbar und nicht quantifizierbar – diesen gegenüber stehen.

In diesen Informationsprozess sind nach Möglichkeit sämtliche Kommunen einzubinden, deren Kommunalwälder vom Forstamt Lampertheim betreut werden. Der Magistrat soll dabei prüfen, wie das Land Hessen im Rahmen seiner forstlichen Förderung die Zertifizierung unterstützt und welche Kosten übernommen werden. Der Magistrat soll über die Prüfungsergebnisse in der Stadtverordnetenversammlung am 28.09.2017 berichten.

Punkt 13) Antrag der FDP-Fraktion bezüglich "Bewerbung Pilotprojekt Modellkommune Open Government des Bundesministeriums des Innern"

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, für die Stadt Bensheim eine Bewerbung für das Pilotprojekt „Modellkommune Open Government“ zu erstellen und beim Bundesministeriums des Innern fristgerecht einzureichen.

Punkt 14) Antrag der Fraktionen von CDU, GLB und BfB bezüglich "Sicheres Wohnen - Städtebauliche Kriminalprävention"

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, bei der Aufstellung von Bebauungsplänen die Aspekte der städtebaulichen Kriminalprävention aufzunehmen. Die Festsetzungen für die bauliche Gestaltung sollen die Belange der Sicherheit berücksichtigen.

Dies ist bei der Aufstellung der Bebauungspläne für das Neubaugebiet in Fehlheim sowie die Wohngebiete auf dem seitherigen Meerbach-Sportplatz und dem ehemaligen EKZ/Edeka-Gelände modellhaft umzusetzen.

Ein Sicherheitskonzept soll für diese Wohnbaugebiete erstellt werden. Dieses soll insbesondere Hinweise für präventive Maßnahmen an den Gebäuden beinhalten.

Eine Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Hessischen Landeskriminalamt ist anzustreben.

Punkt 15) Antrag der Fraktionen von CDU, GLB und BfB bezüglich "Förderprogramm Zukunft Stadtgrün für Bensheim nutzen"

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und der hessischen Landesregierung Kontakt aufzunehmen, um zu prüfen, wie das Städtebauförderprogramm Zukunft Stadtgrün für Bensheim genutzt werden kann.

Der Magistrat wird weiterhin beauftragt, bis zur ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nach der Sommerpause 2017 einen Bericht mit einem Entscheidungsvorschlag dazu vorzulegen.

Punkt 16) Antrag der SPD-Fraktion bezüglich "Gründung eines Jugendrates für die Stadt Bensheim"

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für die Gründung eines Jugendrates gem. §§ 4c und 8c HGO in Verbindung mit § 11 Kinder- und Jugendhilfegesetz in Bensheim aus.
2. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob folgende Kriterien zur Realisierung umgesetzt werden können:
 - a) Festsetzung der Anzahl der Mitglieder des Jugendrates auf 19 Mitglieder.
 - b) Voraussetzung für die Wählbarkeit: Mindestalter 14 Jahre bis zum vollendeten 21. Lebensjahr mit Hauptwohnsitz in Bensheim.
 - c) Festlegung der Wahlperiode auf 3 Jahre.
 - d) Einrichtung eines Gesamtetats in Höhe von 4.000 € pro Jahr.
 - e) Überprüfung der Möglichkeiten für die Einbindung der Bensheimer Schulen bzw. Schülervertretungen zur Mitgliedergewinnung.
 - f) Benennung eines/einer verantwortlichen Ansprechpartners/in aus dem Team Familie, Jugend, Senioren und Vereine der Stadt Bensheim für die künftige Betreuung und Begleitung der Mitglieder des Jugendrates.
 - g) Erstellung einer Geschäftsordnung.
3. Die Ergebnisse werden in der September-Sitzungsrunde 2017 dem Sozial-, Sport- und Kulturausschuss.

IV. Anfragen

Punkt 17) Anfrage des Vertreters der FWG bezüglich "Planungskosten für den geplanten Neubau des Hauses am Markt seit dem 19.11.2015"

Punkt 18) Anfrage der AfD-Fraktion bezüglich "Parksituation/Parkflächen in der Weststadt"

Punkt 19) Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich "Rats- und Bürgerinformationssystem"

Punkt 20) Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich "Rechtsstaatsklassen zur Wertevermittlung für Flüchtlinge"

V. Informationen

Punkt 21) 36. Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" 2017/2018 Teilnahme Hochstädten

Punkt 22) Information für Anliegerversammlung am 06.03.2017 zur Sanierung des ehemaligen Kreuzer-Geländes in der Dammstraße in Bensheim

Punkt 23) Verbesserung Parksituation Fürstenlager; hier: Beschluss der Stvv vom 07.07.2016

Hinweise:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Redezeitbegrenzung gemäß § 21 Abs. 7 der Geschäftsordnung erlassen wird. Damit soll erreicht werden, dass die Gesamtsitzungsdauer eine Zeit von 4 Stunden nicht überschreitet (§ 13 Abs. 7 der Geschäftsordnung).